

## Ahlers, Cordula

---

**Von:** Post  
**Gesendet:** Montag, 12. Januar 2015 09:00  
**An:** Weigt, Jörg; Ahlers, Cordula  
**Betreff:** WG: z. Hd. Herrn BGM Jörgt Weigt: Stellungnahme der IHKs zur  
Pferdesteuer / Einführung einer Pferdesteuer in Overath  
**Anlagen:** PI\_VV\_Pferdesteuer.pdf; IHK\_Schwerin\_zu\_PS.pdf;  
Themenblatt\_Pferdesteuer[1].pdf;  
Resolution\_Einführung\_neuer\_höherer\_Steuern\_und\_Abgaben.pdf

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: Burkhard Kramer [mailto:b.kramer@itk-kassel.de]

Gesendet: Sonntag, 11. Januar 2015 22:45

An: Post

Betreff: z. Hd. Herrn BGM Jörgt Weigt: Stellungnahme der IHKs zur Pferdesteuer / Einführung einer Pferdesteuer in Overath

Guten Tag Herr Weigt,

wir haben gehört, dass sich die Grünen für die Einführung einer Pferdesteuer in Overath aussprechen. Aus Sicht eines Unternehmers und Mitgliedes der Industrie- und Handelskammer IHK Kassel-Marburg möchte ich Ihnen an dieser Stelle einige Informationen darüber zukommen lassen, was die Politik mit einer solchen Steuer auslösen würde:

Die Vollversammlung der IHK Kassel-Marburg hat auf mein Betreiben als Mitglied der Vollversammlung der IHK Kassel-Marburg hin bereits am 7.

Oktober 2014 einen Beschluss gefasst, in dem die Pferdesteuer aufgrund der damit verbundenen enormen wirtschaftlichen Schäden als ungeeignetes Mittel zur Finanzierung der Kommunen abgelehnt wird. Diesem Beschluss hat sich über die wirtschaftspolitischen Positionspapiere des DIHK (siehe wirtschaftspolitische Positionspapiere des Deutschen Industrie- und Handelskammertages DIHK) praktisch die gesamte deutsche Kammerorganisation und damit die gesamte deutsche Wirtschaft angeschlossen (siehe angehängte PDF-Dateien in dieser E-Mail). Darüberhinaus haben sich diesem Beschluss auch zahlreiche Wirtschaftsverbände der Pferdehaltung und des Reitsports sowie der Bund der Steuerzahler und alle landwirtschaftlichen Verbände (Landwirtschaftskammern, Bauernverband etc.) angeschlossen. Die geschlossene Ablehnung einer solchen Steuer seitens der gesamten deutschen Wirtschaft lässt vielleicht die wirtschaftliche Bedeutung der Pferdehaltung in und für Deutschland erahnen.

Sollte die Steuer tatsächlich eingeführt werden, so muss mit erheblichen wirtschaftlichen Einbußen für die Betriebe gerechnet werden. Die Betroffenheit reicht quer durch alle Branchen - vom Pensionsstall, über den Futtermittelhändler, den Reitsportbedarf, den Handwerksbetrieb, der Bauarbeiten auf der Reitanlage durchführt, die Anhängervertretung, den KFZ-Handel, der ohne Pferde kleinere PKWs ohne Anhängerkupplung verkauft bis hin zum Lebensmittelhändler an der Ecke, der den Pferdebesitzern auf dem Weg zum Stall keine Möhren für das Pferd mehr verkauft. Selbst unser Ingenieurbüro wäre betroffen, da zu unserem Kundenkreis auch Landmaschinenhersteller aus dem Bereich Pferdehaltung zählen.

In Deutschland gibt es derzeit ca. 1.2 Mio Pferde. 10.000 Betriebe haben bundesweit das Pferd als Hauptgeschäftsfeld, 300.000 Arbeitsplätze und 6,7 Mrd. Umsatz hängen daran. Daher kommt auch die viel zitierte Aussage "vier Pferde schaffen einen Arbeitsplatz". Erste Schätzungen gehen von einem Rückgang der Pferdehaltung von 20 % bei Einführung einer Pferdesteuer aus.

Das entspräche einem bundesweiten Rückgang um ca. 240.000 Pferde in einer Branche, die ohnehin schon mit erheblichem Preisdruck und großen wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen hat und in der Mehrzahl bereits heute

an der Rentabilitätsgrenze arbeitet. Den geschätzten Rückgang um 20% zugrunde gelegt bedeutet das bei einer einfachen Hochrechnung, dass bundesweit die Existenz von ca. 2000 Betrieben mit ca. 60.000 Arbeitsplätzen gefährdet wären. So würden z. B. alleine die Futtermittelhändler und Landwirte geschätzt im Jahr rund 6 Mio. Säcke Kraftfutter und 1,2 Mio Tonnen Heu weniger verkaufen. Entgegen den Geschäften in anderen Branchen ist die Pferdehaltung ein überwiegend lokales bzw. regionales Geschäft. Mit einer Pferdesteuer würden die Lokalpolitik also in erster Linie die Wirtschaft in der eigenen Gemeinde nachhaltig schädigen.

Eine gleichmäßige wirtschaftliche Bedeutung der Pferdehaltung in Deutschland vorausgesetzt, würde das im Im Fall von Overath mit rund 27000 Einwohnern bedeuten:

- 3,3 Betriebe auf dem Gebiet der Stadt Overath haben das Pferd als Hauptgeschäftsfeld
- 100 Arbeitsplätze aller Branchen hängen in Overath direkt oder indirekt von der Pferdehaltung ab
- Es werden pro Jahr ca. 2,23 Mio € Umsätze durch die Pferdehaltung in Overath ausgelöst.

Natürlich gibt es regionale Unterschiede in der Verteilung der wirtschaftlichen Bedeutung der Pferdehaltung in Deutschland, aber die Zahlen reichen aus, um ein Gefühl für die Größenordnungen zu bekommen. In der VW- und Industriestadt Baunatal nahe Kassel in Nordhessen wurde durch die Ostfalia-Hochschule in Salzgitter unter Prof. Wadsack eine Studie zur Lokalökonomischen Bedeutung der Pferdehaltung durchgeführt. Selbst in einer reinen Industriestadt mit ca. 20.000 Einwohnern betragen die durch die Pferdehaltung ausgelösten Umsätze noch 600.000 €/Jahr. Sonstige Schäden - z.

B. im Sport, in der Gesundheitsvorsorge oder ehrenamtlichen Jugendarbeit - sind dabei noch nicht mitgerechnet! Diese Kosten würden, genau wie z. B. das Arbeitslosengeld, zumindest zum Teil in irgendeiner Form auf die Sozialkassen und damit zum Teil auf die Gemeinde zurückfallen. Hinzu kommen entsprechende Ausfälle z. B. bei der Einkommens-, Umsatz- und Gewerbesteuer.

Eine Pferdesteuer kann also nur ein Zuschussgeschäft für eine Gemeinde werden! Die Pferdesteuer lässt sich auch nicht schön rechnen!

Hinzu kommt, dass wir inzwischen den ersten belegten Fall haben, dass eine Bank einem Pferdebetrieb die Finanzierung für die Betriebserweiterung aufgrund der Pferdesteuer verweigert hat. Bei eigenen Anfragen an verschiedenen Banken in den Pferdesteuergemeinden in Hessen haben alle Banken bestätigt, dass die Pferdesteuer ein möglicher und ausreichender Ablehnungsgrund für einen Finanzierungsantrag ist. Durch die Pferdesteuer wird also inzwischen auch aktiv die Existenz der Betriebe bedroht.

Frage dazu: Wie möchte die Politik den Betroffenen, denen durch die Pferdesteuer die Grundlage der wirtschaftlichen Existenz entzogen wird und die für lange Zeit auf einem Schuldenberg sitzen bleiben, erklären, dass das alles so in Ordnung ist?

In Bad Sooden-Allendorf gibt es bereits ein aufgelöstes Ausbildungsverhältnis, einen bereits insolventen Pferdebetrieb bzw. de facto insolventen Pferdebetrieb und einen bereits aufgelösten Reitverein. Damit ist auch die ehrenamtliche (Jugend)Arbeit dieses Vereins Geschichte. Der zweite Reitverein hat nach derzeitigem Stand der Dinge auch nur eine geringe Überlebenschance. Es wird schon von der Auflösung dieses Vereins geredet. Meiner Meinung nach sollte die Politik in solchen Fällen zumindest auch genug Rückgrat haben, einem 17-jährigen Menschen zu erklären, dass politische Unvernunft eine ausreichende Legitimation dafür ist, ihm den Ausbildungsplatz zu vernichten und seinen Berufswunsch zu zerstören. Ich vermute, seine Wählerstimme und seine Begeisterung für Politik wird ihnen sicher sein.

Ich vermute, die Grundlage des Pferdesteuierantrages ist der Beschluss des VHG Kassel vom Dezember 2014. Bei genauer Betrachtung hat der VGH Kassel mit seinem Beschluss ein Tabu gebrochen, in dem er de facto jeder Art der Besteuerung von Sportarten vom Fußball bis zum Reitsport durch die Gemeinden und dem damit verbundenen Abschöpfen der staatlichen Sportförderung durch die Gemeinden Tür und Tor geöffnet hat. Die gesamtgesellschaftlichen Folgen dieses Beschlusses sind jedoch noch gar nicht absehbar und können unmöglich im Interesse einer verantwortungsvollen Politik liegen! Nicht umsonst hat der Präsident des Landessportbundes

Hessen e.V., Dr. Rolf Müller das Urteil öffentlich in den Medien als "weltfremd" und "abenteuerlich" bezeichnet - und dabei sind die wirtschaftlichen Schäden für die Betriebe und die Schäden in der ehrenamtlichen (Jugend)Arbeit der Vereine noch gar nicht berücksichtigt.

Auch noch nicht berücksichtigt dabei ist die Tatsache, dass Pferde ein unverzichtbarer Bestandteil in der Landschaftspflege (z. B. bei Brachflächen) sind. Die Pflege solcher Flächen durch Pferdehaltung wird seit Jahren staatlich gefördert. Entsprechende Verträge existieren. Eine Verringerung der Weidetiere würde unmittelbar einen vermehrten und kostspieligen Einsatz von Maschinen und Personal erfordern. Auch das kann das Stadtsäckel unmöglich entlasten.

Sie sollten also schon im Interesse ihrer lokalen Betriebe und ihrer regionalen Wirtschaft von dem betriebs- und volkswirtschaftlich kompletten Unsinn einer Pferdesteuer abstand nehmen. Nicht alles, was ein Gericht für zulässig erklärt hat, ist betriebs- und volkswirtschaftlich sinnvoll.

Zur Info finden Sie als Anlage finden Sie die Pressemeldungen und Meinungen verschiedener IHKs zur Pferdesteuer.

Mit freundlichen Grüßen  
Burkhard Kramer

E-Mail: <<mailto:b.kramer@itk-kassel.de>>

itk GmbH - der Spezialist für Produktsicherheit, europäisches Produktrecht und Regulatory Affairs.

[www.ce-richtlinien.eu](http://www.ce-richtlinien.eu)  
[www.itk-kassel.de](http://www.itk-kassel.de)

---

i t k  
Ingenieurgesellschaft für  
Technik-Kommunikation GmbH  
Schulweg 15  
34560 Fritzlar  
Tel. (05622 )919304-0  
Durchwahl: -1  
Fax (05622 )919304-8

Geschäftsführer:  
Dipl.-Ing. Burkhard Kramer

AG Fritzlar, HRB 11515  
USt-IdNr.: DE251926877

---

Diese E-Mail wurde von Avast Antivirus-Software auf Viren geprüft.  
<http://www.avast.com>